



NIEBEL-Interview für "BILD.de"

NIEBEL-Interview für "BILD.de" Berlin. Das FDP-Präsidiumsmitglied Bundesentwicklungsminister DIRK NIEBEL gab "BILD.de" (Montag-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellten Hanno Kautz und Jan Schäfer: Frage: BILD fragte Niebel nach dem angeblichen Giftgasangriff: Muss der Westen jetzt in Syrien eingreifen? NIEBEL: Erst muss der Angriff aufgeklärt werden. Wenn uns Syriens Präsident Assad das nicht erlaubt, spricht einiges dafür, dass er etwas zu verbergen hat. Wenn sich Russland und China dann nicht von ihm distanzieren, machen sie sich zum Handlanger eines Mörders. Frage: Und dann? Hilft dann nur noch ein Militäreinsatz gegen Assad? NIEBEL: Wir werden sehen, wie die Weltgemeinschaft dann reagiert. Aber klar ist: Die Bundeswehr wird sich in dieser Region nicht an Kampfhandlungen beteiligen. Frage: Wie groß ist das Leid der syrischen Bevölkerung? NIEBEL: Syrien erlebt eine humanitäre Katastrophe. Es gibt mehr als 100.000 Tote. Zwei Millionen Menschen sind auf der Flucht. Denen müssen wir helfen - auch hier in Deutschland. Frage: In Berlin-Hellersdorf sieht man das anders. Dort wurden Flüchtlinge mit Hitlergruß empfangen ... NIEBEL: Wie in Hellersdorf mit Flüchtlingen umgegangen wurde, ist eine Schande für unser Land. Das schadet dem Ruf von Deutschland in der Welt. Was wir mit der Fußball-WM 2006 an Renommee gewonnen haben, dürfen ein paar Nazis nicht zerstören. Frage: Was ist falsch gelaufen in Hellersdorf? NIEBEL: Die Vorbereitung. Die Bürger vor Ort wurden viel zu spät informiert. Wir müssen offen sein für Flüchtlinge. Aber wir müssen die Menschen auch darauf einstellen. Frage: Worauf genau? Wie viele Flüchtlinge kommen auf Deutschland zu? NIEBEL: Sehr viel weniger als viele meinen. Und vor allem weniger als viele andere europäische Länder aufnehmen. Außerdem haben wir die Chance, diese Zahlen zu beeinflussen. Nehmen sie Afrika: Dort gibt es viele Länder mit einer aufstrebenden Mittelschicht. Wir können jetzt noch mitentscheiden, ob das künftig Wirtschaftspartner oder Flüchtlinge werden. Unsere Entwicklungszusammenarbeit gibt diesen Menschen Perspektiven. Frage: Wollen Sie nach der Bundestagswahl Entwicklungsminister bleiben? NIEBEL: Ja, ich will Entwicklungsminister bleiben. Dieses Amt macht mir viel Freude. Ich habe große Gestaltungsmöglichkeiten, den zweitgrößten Investitionsetat, hier laufen viele Fragen der internationalen Zukunft zusammen. Ich bin noch nicht fertig mit meiner Arbeit. Frage: Reichen fünf Prozent für die FDP, damit Sie im Kabinett bleiben? NIEBEL: Die FDP wird weit über fünf Prozent der Stimmen bekommen. Dazu will ich mit einem Ergebnis in meinem Landesverband Baden-Württemberg beitragen, das keiner ignorieren kann. Frage: Sie machen die Rechnung ohne die Parteispitze, die Sie nach den wochenlangen Attacken auf Parteichef Rösler nicht mehr in Kabinett haben will. NIEBEL: Wir wollen in Baden-Württemberg das prozentual beste FDP-Ergebnis aller Länder einfahren. Dann wird man an der baden-württembergischen Landesgruppe nicht so einfach vorbeikommen. Frage: Bislang zünden die FDP-Themen im Wahlkampf nicht. Was läuft falsch? NIEBEL: Der Wahlkampf geht ja jetzt erst in seine heiße Phase. Wir werden den Menschen erklären, dass nur mit uns eine linke Steuerorgie verhindert werden kann. Und wir werden ihnen erklären, dass nur mit uns diese Regierung sparsam wirtschaftet. Eine 30 Milliarden Euro Wunschliste, wie sie die Union vorgelegt hat - so etwas bekomme ich normalerweise nur von afghanischen Gouverneuren vorgelegt. Frage: Statt Steuersenkung also nur die Verhinderung von Steuererhöhungen? NIEBEL: Nein, wir wollen Entlastung und werden den Soli schrittweise abbauen. Und wir werden die Mehrwertsteuer überarbeiten. Das war zwar schon für die laufende Wahlperiode vereinbart. Aber dem Finanzminister fehlte dazu offenbar Wille oder Mut. Da hätten wir mehr erreichen können. Frage: Nach ihrer Auseinandersetzung mit dem Parteivorsitzenden: Können Sie glaubhaft für Philipp Rösler Wahlkampf machen? NIEBEL: Wir kämpfen nicht für Personen. Wir kämpfen für Ideen und die Zukunft Deutschlands.

Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit
FDP-Bundesgeschäftsstelle
Thomas-Dehler-Haus
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
T: 030 284958-41 / 43
F: 030 284958-42
presse@fdp.de
img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pintr_=542445" width="1" height="1">

Pressekontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

Firmenkontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichte Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit

gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitlich-staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.